

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.  
Eingetragen in die Postzustellungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserentionspreis  
Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareillezeile 60 Goldpfennig.  
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

## Eine wichtige Tagung des Bundesausschusses des ADGB. in Düsseldorf.

Der Bundesausschuß des ADGB. trat am 9. und 10. Juli zu seiner vierten Sitzung in Düsseldorf zusammen. Umwesend waren zum erstenmal auch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums sowie Vertreter anderer öffentlicher Körperschaften. Dadurch und auch durch die Erörterung der wichtigsten Tagesfragen: Arbeitslosigkeit und Arbeiterschutz erhielt die Tagung eine erhöhte Bedeutung. Die Stadt Düsseldorf war schon deshalb der geeignetste Tagungsort, weil sie zurzeit die Ausstellung über Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen beherbergt. Bei der Eröffnungstagung faßte der Bundesausschuß eine Entschließung, in der der Geist und die Ideen, aus denen heraus das großartige Werk vollbracht wurde, dankbar anerkannt wurde. Regierung und Volksvertretung sollten sich bei der Verabschiedung sozialpolitischer Gesetze von demselben Geiste leiten lassen.

Der Bundesvorstand hatte den beiden Problemen Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenfürsorge schon seit langer Zeit seine ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet. Er ergriff gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei die Initiative und unterbrachte der Reichsregierung ein umfangreiches Programm zur Behebung der Arbeitslosigkeit, das im großen und ganzen von der Reichsregierung anerkannt wurde. Wird dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt, so steht in Aussicht, daß einige hunderttausend Arbeitslose Beschäftigung finden. Es ist jedoch notwendig, daß die Projekte möglichst bald in Angriff genommen werden und nicht durch bürokratische Umständlichkeiten verzögert werden. Es war auch mit der Zweck der Tagung der Regierung das Gewissen zu schärfen, um auf die Beseitigung solcher Hindernisse hinzuwirken. Darüber hinaus werden aber immer noch Hunderttausende, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, von produktiver Arbeit ausgeschaltet bleiben. Für diese, denen keine Arbeit beschaft werden kann, muß durch die Umstellung der Erwerbslosenfürsorge in die Erwerbslosenversicherung gesorgt werden. Durch die Verlängerung der Bezugsdauer für die Dauer der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung der Bezüge, muß das Los dieser Ärmsten gemildert werden.

Dr. Broecker von der sozialpolitischen Abteilung des ADGB. gab ein trauriges Bild von den derzeitigen Verhältnissen am Arbeitsmarkt, die die pessimistischen Erwartungen noch weit übertroffen hätte. Am 15. Juni betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 1,749 Mill. Die Gesamtzahl mit Einrechnung der Nichtunterstützten ist noch um 25 bis 30 Proz. höher. Hinzukommen alsdann noch die beträchtliche Zahl der Ausgesteuerten und die Kurzarbeiter. Die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit liegen in dem Mißverhältnis zwischen der Produktionsfähigkeit unserer Industrie und der Absatzmöglichkeit auf dem In- und Auslandsmarkt. Durch die Rationalisierung werden fortgesetzt noch mehr Arbeitskräfte freigestellt. Dringendste Aufgabe sei es, der akuten Notlage des Millionenheeres der Arbeitslosen durch eine nach Höhe und Dauer ausreichende Unterstützung zu steuern und zweitens alles zu tun, um die Belebung der Wirtschaft durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten zu fördern. Auch die geforderte Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen sei nicht wirtschaftsfeindlich, da sie auch zur Erhaltung der Kaufkraft beitragen. Geändert müsse das System der Unterstützung und die beschleunigte Durchführung der Erwerbslosenversicherung gefordert werden. Mittlerweile sollen durch eine „Zwischenlösung“ gewisse Grundsätze der Versicherung, vor allem die Staffelung der Unterstützungssätze nach Wohnklassen und die Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung vorweggenommen werden. Eine Einigung über diese Zwischenlösung sei leider noch nicht erfolgt, da der jetzige Vorschlag der Regierung noch hinter dem ursprünglichen Regierungsentwurf zurückbleibe. Die Verlängerung der Geltungsdauer der jetzigen Unterstützungssätze genüge nicht. Auch die Ausdehnung des Unterstützungsbezuges für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit sei erforderlich. Die Kurzarbeiterfürsorge sei gänzlich unzureichend. Bei dem jetzigen System bleibt der Kurzarbeiter oftmals unter dem Einkommen eines Voll-erwerbslosen.

Dann muß der Vermehrung der produktiven Arbeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das vom Reichstag aufgestellte Programm müsse durch Inanspruchnahme von Krediten, nötigenfalls auch Auslandsan-

leihen, durchgeführt werden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei heute Hauptaufgabe sowohl der Sozialpolitik wie der Wirtschaftspolitik selbst. Bei den Gewerkschaften ist der feste Wille vorhanden, all ihren Einfluß bis zum letzten einzusetzen, um der fortschreitenden Verelendung durch die Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Der anwesende Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius betonte den guten Willen der Regierung auf dem von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Wege zu helfen. Er erläuterte ausführlich die Arbeiten zur Durchführung des umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprogramms, wobei er besonders hervorhob, daß auch regierungseitig versucht wird alle bürokratischen Hemmnisse zu beseitigen.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilte mit, daß der Entwurf einer Arbeitslosenversicherung dem Reichstag noch in diesem Winter zugeteilt wird. Auf diese Ausführungen hin konnte der Vorsitzende, Gen. Leipart, feststellen, daß hinsichtlich der Beurteilung des Ernstes der wirtschaftlichen Situation und auch hinsichtlich des einzuschlagenden Weges eine gewisse Übereinstimmung bestehe. Man erwarte, daß den Worten nunmehr Taten folgen, die dem wirtschaftlichen und sozialen Wohle der Arbeiterschaft dienen. Es wurde dann nachfolgende Entschließung zur Erwerbslosenfrage angenommen:

In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft noch auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizzeiten umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitsgelegenheiten in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermehren.

Das mangelhafte System der einheitlichen Unterstützungssätze wird bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungssätze ebenso sehr aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden. Weiter ist zu fordern die Abschaffung der auch nach Aussage zuständiger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Unterstützung des Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Behebung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstage in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die Durchführung Werte schaffender Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen.

Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernsthafte Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bekundet wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung, nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten, sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablassen, mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser wichtigsten Aufgaben der Gegenwart hinzuwirken.

Ueber den Ausbau des Arbeiterschutzes sprach dann der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Syrup. Dieser instruktive Vortrag ist von so allgemeinem Interesse, daß wir ihn später gesondert in seinem Wortlaut bringen werden. Hierzu wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Bundesausschuß nimmt mit großem Interesse davon Kenntnis, daß der dem Arbeiterschutz gewidmete Teil des Reichsarbeitsblatts und mit ihm die Sonderausgabe „Arbeiterschutz“ künftig in erhöhtem Maße dem Verständnis und Gesichtskreis breiter Arbeitnehmerkreise angepaßt werden soll. Da die Durchführung dieser Absicht wesentlich auf der größeren Verbreitung des Reichsarbeitsblattes und der Zeitschrift „Arbeiterschutz“ in Arbeitnehmerkreisen und auf deren Mitarbeit beruht, fordert der Bundesausschuß die ihm angeschlossenen Verbände auf, in ihren Reihen, insbesondere bei Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären und

Arbeitersekretären, für den Bezug des Reichsarbeitsblatts bzw. der Sonderausgabe „Arbeiterschutz“ zu werben und durch Mitarbeit Gedanken und Anregungen der Arbeitnehmerschaft zu den praktischen Fragen des Arbeiterschutzes den Arbeiterschutzorganen weiterhin näherzubringen.“

Die Gewerkschaftsjugend von Rheinland-Westfalen-Lippe nahm anlässlich der Tagung des Bundesausschusses Veranlassung, um in einer feierlichen Kundgebung den festen und unauf löstlichen Zusammenhang der jungen mit der alten Generation der Gewerkschaftsbewegung vor aller Öffentlichkeit darzutun.

## Sonderbare Wirkungen der deutschen Wirtschaftskrise.

Bald wird es keine Konturje mehr geben!

In den Rahmen der Konjunkturbeobachtung gehört auch die Entwicklung der Konturje und Geschäftsauffichten. Und hier ist eine außerordentlich günstige Besserung zu verzeichnen. Wenn es in der ersten Julihälfte mit allen Anstrengungen und mit nicht unerheblichen öffentlichen Mitteln gelang die Arbeitslosenziffer um 1,3 Proz. zu senken, so ist auf dem Gebiete der Konturje innerhalb des letzten Monats eine Besserung von rund 25 Proz. zu verzeichnen. Es sieht so aus, wenn man die Konturjziffern allein betrachtet, als lebten wir nicht in einer Krise, sondern in der besten Lage. Darüber geben nachstehende Zahlen Aufschluß, die wir der „Fr. Ztg.“ entnehmen:

	Konturje	Geschäftsauffichten
Monatsdurchschnitt 1913	1060	—
„ 1925	901	455
1. Viertelj. 1926	1881	1439
April 1926	1261	855
Mai 1926	1007	644
Juni 1926	855	438
Juli 1926	682	345

Wenn es so weiter geht, haben wir bald gar keine oder nur eine geringfügige Anzahl von Konturjen mehr zu verzeichnen. Dann werden die Fabriken belagert von hungrigen Arbeitslosen und der Geschäftswelt geht es glänzend. Anscheinend ermöglichen die Warenpreise, daß es auch bei geringer Umsatzfähigkeit keine bankrotten Unternehmungen mehr gibt. Wahrlich, eine solche Krise wie die deutsche ist noch nicht dagewesen. Ben Aliba hat also unrecht!

## Die Besserung der Aktienkurje schreitet fort.

Gleich den Konturjziffern bewegen sich die Aktienkurje an der Börse. Hier wie dort ist eine andauernde Besserung zu verspüren. Bekanntlich steht dies im Widerspruch mit der allgemeinen Wirtschaftslage, namentlich zum Arbeitsmarkt. Recht interessant ist die Entwicklung der Aktienkurje seit Jahresbeginn. Nach den Berechnungen der Commerz- und Privatbank nahm der Kursstand der an der Berliner Börse amtlich notierten Aktienwerte folgende Entwicklung seit Beginn des Jahres:

in Proz. der Gesamtzahl der Aktien	Ende Dez. 1925	Ende April 1926	Ende Juni 1926	Ende Juli 1926
unter 50	46,4	24,2	25,4	21,9
von 50—75	27,7	27,0	23,2	23,9
75—100	16,1	22,8	19,2	20,4
100—150	8,7	22,9	26,2	26,6
über 150	1,1	8,6	6,0	7,2

Dieser Tabelle eine nähere Erklärung beizufügen, wird nicht nötig sein. Die Aktienpapiere, die über 150 Proz. notierten, hatten sich in den sieben Monaten um rund 600 Proz. vermehrt. Unter 50 Proz. notierten Ende Juli nur noch 21,9 Proz. gegen 46,4 Proz. am Anfang des Jahres. Die Herren Aktionäre können also mit der Entwicklung in diesem Jahre sehr zufrieden sein. Ihr Befindlichstand hat sich um mehr als 100 Proz. gehoben. Sicher ein gutes Geschäft, was um so mehr ins Gewicht fällt, da es in die Zeit einer harten Krise entgegengenommen werden konnte.

## Die Jubiläen der Banken

lassen erkennen, daß es den Banken in der Krise ganz gut geht. Der Kreditorenzuwachs (unter den Kreditoren der Banken sind meistens die Einlagen der Kunden gebucht) hält an. Die 85 Kreditbanken konnten ihren Kreditorenbestand in der letzten Berichtszeit von zwei Monaten um 182 Mill. Mk. vermehren. Vom Juli 1925 bis zum 30. Juni





